

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER UND DAS TRIERER LAND



REISEN

Wintersaison 2021/22:
der etwas andere Urlaub. Seite 6

FRANKREICH

Macron und Le Pen angeschlagen,
Konservative können vor Kraft
kaum laufen. Seite 6



ÜBERBLICK

US-Manöver nahe der Krim erbost Russland

ODESSA/WASHINGTON (dpa) Wenige Tage nach einem Zwischenfall mit einem britischen Kriegsschiff im Schwarzen Meer hat dort ein gemeinsames Manöver der USA und der Ukraine begonnen – trotz heftiger Kritik aus Russland.
Seite 7

Männerdomäne Bundestag

BERLIN (red) Wird der nächste Bundestag weiblicher? Viele Parteien tun sich damit schwer, wie ein Blick auf die Landeslisten zeigt.
Seite 4

Schwimmen will gelernt sein

BERLIN (has) Die Zahl der Badeunfälle steigt. Und immer mehr Kinder können nicht schwimmen. Nach Ansicht der Vizepräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Ute Vogt, sind das auch Effekte der Corona-Krise. Die SPD-Politikerin fordert ein Pflichtfach Schwimmen.
Seite 8

ZITAT

„Es ist schön, wenn die Menschen Urlaub machen können. Aber wir wollen die Gefahren ja nicht zurückbekommen hier nach Deutschland.“

Michael Müller (SPD)

Wie Berlins Regierender Bürgermeister dringen immer mehr Länder-Regierungschefs darauf, Test- und Quarantäneregeln bei der Einreise aus dem Ausland zu verschärfen.

WETTER

14° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht.
22° 12°

SEITE 8

RUBRIKEN

BÖRSE SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 27
HÄGAR SEITE 26
SUDOKU SEITE 26
MEHR WERT! SEITE 32
FÜR KINDER SEITE 26

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

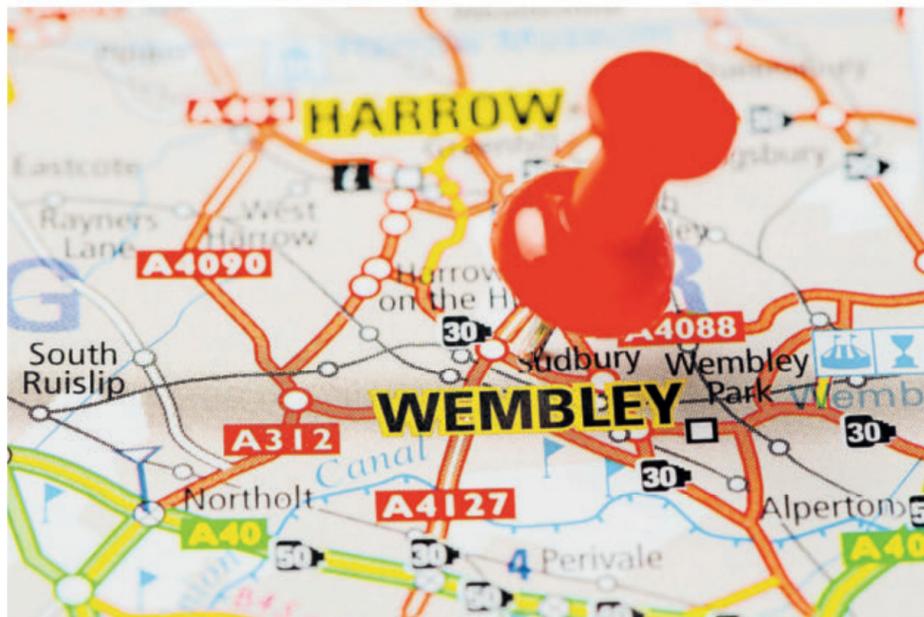
kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Ralf H. Jakobs

Einzelpreis 2,10 €, NR. 147



4 194971 102101 20126



FUSSBALL-EM

Deutschland heute gegen England

LONDON (red) Wembley, immer wieder Wembley: Im legendären Londoner Stadion trifft die deutsche Fußball-Nationalmannschaft heute im Achtelfinale der Europameisterschaft auf England (Anstoß 18 Uhr, live in der ARD und in Magenta TV). In Wembley hat Deutschland den WM-Titel 1966 unglücklich verpasst, den EM-Titel 1996 glücklich gewonnen. Und nun?
FOTO: ISTOCK/VORFOTO
Sport Seite 17

2000 Euro und mehr im Monat: Pflege im Heim wird immer teurer

Der finanzielle Aufwand liegt in Rheinland-Pfalz über dem Bundesschnitt. Krankenkassen und die Opposition verlangen, dass das Land Betroffene durch Förderung entlastet.

VON BERND WIENTJES

TRIER Bewohner in Pflegeheimen sollen weniger aus eigener Tasche für die Pflege bezahlen. Das fordert die Krankenkasse Barmer. „Der Eigenanteil der Pflegekosten ist massiv angestiegen“, sagt Barmer-Landeschefin Dunja Kleis. Sie fordert, dass sich das Land an den Investitionskosten für die Einrichtungen beteiligt, um so die Pflegebedürftigen zu entlasten. „Das ist ein sehr dringliches Problem“, so Kleis. Neben den Investitionskosten müssen Heimbewohner auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie fürs Personal übernehmen. Im Schnitt liegt der Eigenanteil der Pflegebedürftigen, die in Heimen betreut werden, bei monatlich 2134 Euro in Rheinland-Pfalz. Damit liegt die finanzielle Belastung für die vollstationä-

re Pflege in Rheinland-Pfalz fast 100 Euro über dem Bundesdurchschnitt. Die Investitionskosten schlagen mit durchschnittlich 439 Euro im Monat zu Buche, Unterkunft und Verpflegung mit 900 und der sogenannte einrichtungseinheitliche Eigenanteil, der vor allem die Personalkosten abdeckt, mit 795 Euro. Vor zwei Jahren lag der Eigenanteil noch bei rund 2000 Euro. Etwa 35 000 Menschen in Rheinland-Pfalz leben in Pflegeheimen. „Es ist sehr wichtig, dass das Land bei den Investitionskosten der Pflegeheime wieder einsteigt“, sagte Kleis unserer Redaktion. Nach Berechnungen der Barmer müsste Rheinland-Pfalz dafür rund 16 Milliarden Euro aufbringen, um die in Heimen lebenden Pflegebedürftigen von den Investitionskosten zu entlasten. Kleis verweist auf andere Bundesländer, die sich an diesen Kosten betei-

ligen und die Heimbewohner damit entlasten. Rheinland-Pfalz hatte diese Förderung 2002 eingestellt.

Die CDU-Landtagsfraktion hatte vor zwei Jahren beantragt, dass das Land wieder in die Investitionsförderung einsteigt. Die AfD unterstützte den Antrag, die Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen lehnten ihn ab. Nun hat die CDU ihre Forderung erneuert. „Wenn sich das Land – wie die allermeisten anderen Bundesländer – wieder finanziell beteiligen würde, wäre eine beträchtliche Reduzierung der Eigenanteile für die Investitionskosten von Pflegebedürftigen und Angehörigen möglich“, so der Pflegeexperte der CDU-Fraktion, Michael Wäschbach. Er unterstützt damit den Vorstoß der Barmer.

Der Bundesrat machte vergangene Woche den Weg für eine Pflege-

reform mit Entlastungen für Pflegebedürftige und einer besseren Bezahlung von Pflegekräften frei. Das Gesetz sieht vor, dass es Versorgungsverträge ab September 2022 nur noch mit Einrichtungen geben darf, die Pflegekräfte nach Tarifvertrag oder in ähnlicher Höhe bezahlen. Heimbewohner sollen ab Januar 2022 Zuschläge bekommen, die ihre Zuzahlungen für die reine Pflege senken. Zur Finanzierung soll der Pflegebeitrag für Menschen ohne Kinder von 3,3 auf 3,4 Prozent steigen. Der Bund gibt ab 2022 zudem einen Zuschuss von jährlich einer Milliarde Euro in die Pflegeversicherung. Durch das Gesetz gebe es keine spürbare Entlastung der Pflegebedürftigen, sagte Kleis. Sie rechnet damit, dass sich der monatliche Eigenanteil dadurch um 40 Euro reduzieren wird.
Themen des Tages Seite 2

SUV-Verbot und Tram in Trier - alles Unsinn

Ein vermeintlich gemeinsames Schreiben des Landes und der Stadt sorgt derzeit für Aufsehen. Der Brief ist offensichtlich gefälscht - und beschäftigt jetzt die Polizei.

VON REBECCA SCHAAL

TRIER/GUSTERATH „Trier wird autofreie Stadt!“, heißt es in der Überschrift des Briefes, der aufgrund der verwendeten Logos und Schriften auf den ersten Blick den Anschein erweckt, echt zu sein. Abgesehen hat es der Absender offenbar ganz besonders auf größere Modelle, genauer gesagt: SUV. So trete ab dem 1. Januar 2022 eine neue Regelung in Kraft: Stadtgeländewagen dürfen dann nur noch zu bestimmten Uhrzeiten in Trier unterwegs sein – ach was, am liebsten gar nicht. „Wir bitten Sie, unsere mäßigenden Maßnahmen zur Kenntnis zu nehmen und sich frühzeitig von Ihrem Stadtgeländewagen zu trennen.“

Viel netter klingt da die An-

kündigung, dass es ab März 2022 wegen der Reaktivierung des Straßenbahnnetzes in Trier zu Beeinträchtigungen kommen könne. Nicht nur die Ankündigung der Rückkehr der Straßenbahn könnte manchen Empfänger kurz zum Jubeln gebracht haben. Nein, es ist sogar von der Einführung des kostenlosen ÖPNV die Rede – ganz nach dem Vorbild der luxemburgischen Nachbarn.

Aber: alles nicht echt. Und trotzdem hat das Schreiben für Arbeit in der Trierer Stadtverwaltung gesorgt: „Es gab mehrere Mails von Bürgerinnen und Bürgern, die die Stadtverwaltung auf das Schreiben hingewiesen oder nach Hintergründen gefragt haben. Darunter waren auch Beschwerden, dass mit dem Schrei-

ben ein offizieller Eindruck erweckt werde“, erläutert Michael Schmitz, Leiter des Presseamtes, auf Anfrage von volksfreund.de

Und die Telefonnummer, die im Briefkopf genannt wird, gibt es tatsächlich – sehr zum Leidwesen des Dezernats IV (Umwelt, Bauen und Verkehr), wo am frühen Montagmorgen, „bereits eine Reihe von Anrufen eingegangen waren“ – mehr als 20, um genau zu sein. Alles nur ein Scherz also? „Ich weiß nicht, ob ich es witzig finden soll oder nicht“, schreibt uns eine Frau aus Gusterath, die ebenfalls Post vom fiktiven „Ministerium für Mäßigung bei Marktversagen“ erhalten hat. Und auch bei der Stadt hält sich die Belustigung in Grenzen: „Die Stadt hat normalerweise

se nichts gegen Satire“, versichert Schmitz. „Mit der Verwendung der existierenden Rufnummern aus der Verwaltung, der Verwendung des Landeswappens und der Verwendung einer dem Stadtlogo zumindest sehr ähnlichen Porta Nigra und einem ähnlichen Schriftzug ist allerdings eine Grenze überschritten. Deshalb haben wir heute Vormittag eine Strafanzeige gegen unbekannt gestellt.“

Wer das Schreiben verfasst hat? Das wissen bislang weder die Stadt noch die Polizei. Die Kriminaldirektion Trier hat die Ermittlungen aufgenommen. Zeugen, die Hinweise zum Verfasser oder Verteiler machen können, werden gebeten, sich mit der Kripo Trier in Verbindung zu setzen: Telefon 0651/9779-2290.

Missbrauch im Bistum Trier: Aufarbeitung startet

TRIER (sey) Die Kommission zur Aufarbeitung des Missbrauchs im Bistum Trier hat ihre Arbeit aufgenommen. Das siebenköpfige Gremium soll in den nächsten Jahren die Hintergründe des jahrzehntelangen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen durch Priester aufarbeiten und dabei auch den kirchlichen Umgang mit Tätern und Betroffenen beleuchten. Der Trierer Bischof Stephan Ackermann sicherte zu, dass die Kommission unabhängig und frei von Weisungen arbeiten könne und „vollen Zugang zu den Akten“ bekomme. Für den Aufarbeitungsprozess sind sechs Jahre vorgesehen, es soll aber jährliche Zwischenberichte geben.

Unterdessen gibt es im Bistum neuen Streit wegen eines Ruhestands Priesters, der sich demnächst vor einem Kirchengericht verantworten muss. Der Grund: Missbrauchsvorfälle.

Themen des Tages Seite 3

Cyberbunker: Urteil fällt früher als gedacht

TRIER (Mos) Im Mammutprozess um den Traben-Trarbacher Cyberbunker könnte bereits im September ein Urteil fallen. Jedenfalls will der Vorsitzende Richter Günther Köhler die Beweisaufnahme bis dahin abschließen. Ursprünglich war der Prozess bis Dezember terminiert worden.

Spannend könnte es am kommenden Donnerstag schon werden. An diesem Tag findet nun ein Treffen zwischen Michiel R., dem Manager des Cyberbunkers, seinen Verteidigern, der Kammer und den Anklägern mit dem Ziel „verfahrensverkürzender Absprachen“ statt. Michiel R. hatte der Kammer zwar ausführlich über Geschehnisse im Cyberbunker berichtet. Ein Geständnis hat er aber bisher nicht abgelegt. Das könnte sich nun ändern.

Auch die Söhne des Hauptangeklagten wollten ein Geständnis ablegen. Warum dies nun doch nicht geschieht, beschreibt einer ihrer Anwälte so: „Der Einfluss bestimmter Mitangeklagter ist sehr groß.“

Die Verteidiger gehen davon aus, dass ihre Mandanten wegen des Verdachts verurteilt werden könnten, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben.

Themen des Tages Seite 3

Ärger um neuen Radweg in der Eifel

KLAUSEN/GROSSLITGEN (red) Schlecht befahrbar, grober Schotter: Der Pilgerradweg der Verbandsgemeinde Wittlich-Land wird bald eröffnet. Doch nicht bei jedem weckt das Freude. Denn schon vor der Eröffnung regt sich Unmut über den neuen Radweg in der Eifel, der Klausen mit seiner Abteikirche und das Kloster Himmerod verbindet. Bürger aus Großlittgen beschwerten sich, dass der Weg „verschlimmbessert“ worden sei und halten ihn für nicht befahrbar. Die Verwaltung hat auf die Kritik reagiert und angekündigt, den Weg auszubessern.

Lokales